

Bericht des Amtsvorstehers für die Sitzung des Amtsausschusses in der Gemeinde Holm am 18. September 2013

Sehr geehrte Amtsausschussmitglieder,
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
Sehr geehrte Gäste und Pressevertreter,

Unsere letzte Sitzung fand am 08. August 2013 in der Gemeinde Heidgraben statt. Dort ging es im Wesentlichen um die Konstituierung nach der Kommunalwahl.

Der Finanz- und Personalausschuss hat in seiner Sitzung am 04. September 2013 diese Sitzung vorbereitet.

In meinem Bericht gehe ich jetzt auf folgende Punkte ein:

1. Erhalt der Polizeistationen

Wie ich ja bereits berichtete, fand ein sehr informatives Gespräch mit der Polizeidirektion bezüglich der Einrichtung einer als Polizeistation Elbmarschen bezeichneten Wache statt. Leider haben wir bis zum heutigen Tage kein abschließendes Votum bezüglich dieser Idee, weder positiv noch negativ erhalten. Ich werde umgehend informieren, wenn die offizielle Entscheidung vorliegt.

2. Asylbewerber

Wie in allen letzten Berichten erwähnt, hält der Zuzug von Asylbewerbern unvermindert an. Die Zahl der Zuweisungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 90 Prozent gestiegen. Zwischenzeitlich sind einige Verwaltungen dazu übergegangen, diese Aufgabe an private Firmen gegen Zahlung einer Pauschale komplett abzugeben. Da aus meiner Sicht dem rechtliche Gründe entgegenstehen, wird das Amt Moorreege auch weiterhin selbst diese Aufgabe wahrnehmen.

3. Bundestagswahl 2013

Am kommenden Sonntag findet die Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Ich appelliere an alle Wahlberechtigten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Unser Wahlrecht ist ein hohes Gut, dass sich zu nutzen lohnt!

4. Finanzausgleich

Der Entwurf der Neufassung des kommunalen Finanzausgleiches liegt ja zwischenzeitlich vor. Auch wenn auf den ersten Blick unsere Gemeinden teilweise deutlich mehr finanzielle Zuwendung erhalten (Appen z.B. etwa 160.000 Euro), so darf doch nicht verkannt werden, dass insgesamt dem Kreis Pinneberg weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Auch der Kreis selbst erhält deutlich weniger Zuweisungen. Zwar sollen diese laut Gesetzesentwurf durch die Übernahme der Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung durch den Bund kompensiert werden, jedoch ist hier stark zu bezweifeln, ob nicht doch eine Refinanzierung durch eine Anhebung der Kreisumlage erfolgt. Unterm Strich hätten dann unsere Gemeinden sogar weniger finanziellen Spielraum als heute.

5. Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag (SHGT)

Am 09. September fand in Westerhorn die diesjährige Mitgliederversammlung des SHGT Kreisverbandes Pinneberg statt. Der Landesgeschäftsführer Jörg Bülow hat dort umfassend über die von mir gerade in wenigen Worten auftretenden Probleme zum Finanzausgleich gesprochen. Letztlich stellte er jedoch fest, dass die Decke des Finanzausgleiches für alle Städte, Gemeinden und Kreise um 200 Millionen Euro zu kurz ist.

Im Rahmen dieser Sitzung wurde übrigens unser LVB als Vorsitzender des Kreisverbandes einstimmig in seinem Amt bestätigt.

Dies ist mein Bericht, den ich jetzt zur Aussprache stelle.